

<https://www.nius.de/Politik/bosbach-ueber-migranten-ohne-paesse-diese-menschen-sind-unabschiebbar/d12d4a48-546d-4c92-9a77-7116e6990a5e>

25.10.2023

Bosbach über Migranten ohne Pässe: „Diese Menschen sind unabschiebbar“

Es ist ein riesiges Problem und kein Spitzenpolitiker spricht es aus: Wer ohne Pass an der deutschen Grenze das Wort „Asyl“ sagt, der wird sehr, sehr lange bleiben – vielleicht für immer. Wolfgang Bosbach (CDU) bringt es auf den Punkt: „Das Wort ‚Asyl‘ ersetzt Pass und Visum.“ Er spricht gegenüber NIUS von einer „Unabschiebbarkeit mangels Klarheit der wahren Identität und Nationalität“. Da kann der Kanzler noch so viele Abschiebe-Offensiven ankündigen ...

„Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“, hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Spiegel-Interview gesagt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) legte am Mittwoch im Kabinett einen „Gesetzentwurf zur Verbesserung der Rückführung“ vor. Darin unter anderem: Die mögliche Höchstdauer der Abschiebehaft soll von derzeit zehn auf 28 Tage verlängert werden. Es soll künftig möglich sein, ausreisepflichtige Migranten ohne vorherige Ankündigung abzuschicken. Außerdem sollen Georgien und die Republik Moldau zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt werden, was die Asylverfahren drastisch verkürzt und rasche Rückschiebungen möglich macht. Allerdings kommen aus diesen beiden Ländern lediglich zwischen fünf und zehn Prozent der illegalen Migranten. Nur ignoriert die Ampel-Koalition in diesem Paket Deutschlands größtes Abschiebeprobem: Die meisten Herkunftsländer nehmen Landsleute ohne Papiere nicht zurück. Die dafür nötigen Abkommen sind noch immer nicht in Sicht, und das Auslesen der Handydaten zur Ermittlung der Identität wird bislang mit Verweis auf Datenschutz und Privatsphäre untersagt. Ein Unding, findet CDU-Legende Wolfgang Bosbach: „99,9 Prozent haben ein Smartphone, aber kaum einer hat einen Pass.“ Der Grund für diesen Umstand liegt für Bosbach auf der Hand: „Wenn ich nicht die Identität

kenne, nicht die Nationalität kenne, ist eine Rückführung von abgelehnten Bewerbern sehr schwer", sagte Bosbach bei „Schuler! Fragen, was ist“.

<https://www.nius.de/Politik/familienministerium-ueberrascht-regierung-finanziert-fluechtlingsrat-von-lauterbach-tochter/a5c82d30-4675-4c2e-aa12-2f25b841e557> 26.10.2023

Familienministerium überrascht! Regierung finanziert Flüchtlingsrat von Lauterbach-Tochter

Der Flüchtlingsrat Köln profitiert als einziger Flüchtlingsrat in diesem Jahr von Steuermitteln aus dem Bundesfamilienministerium. Ausgerechnet hier arbeitet die Tochter von Gesundheitsminister Karl Lauterbach als Flüchtlingshelferin. Ein Interessenkonflikt?

In Deutschland existieren zahlreiche Asyl-Lobbygruppen, die Nancy Faesers Ankündigung, mehr abschieben zu wollen, grundsätzlich ablehnen. Vor allem die Flüchtlingsräte arbeiten aktiv daran, dass es hierzulande zu möglichst gar keinen Abschiebungen kommt. Derartige Flüchtlingsräte gibt es in jedem Bundesland, dazu gibt es auch in Großstädten wie Leipzig oder Essen weitere Ableger.

In der Vergangenheit erhielten zahlreiche Flüchtlingsräte staatliche Finanzhilfen, in diesem Jahr wird über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums jedoch nur ein Flüchtlingsrat finanziell gefördert: Der Flüchtlingsrat in Köln. Der Verein erhielt 2023 projektbezogene 64.417,09 Euro aus dem Fördertopf. Ausgerechnet bei diesem Flüchtlingsrat arbeitet die Tochter von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) [als Asylverfahrensberaterin](#). Rosa-Lena Lauterbach soll Migranten juristisch helfen, gegen Abschiebebescheide vorzugehen.

Bundesfamilienministerium zeigt sich überrascht

Der Arbeitgeber der Tochter eines Ministers ist damit Profiteur von Steuergeld aus einem anderen Ministerium – als einziger von zahlreichen Flüchtlingsräten in Deutschland. Erkennt das Bundesfamilienministerium hier einen Interessenkonflikt?

Rosa-Lena Lauterbach fordert schnelle Einbürgerung für alle

Im Bundestagswahlkampf 2021 koordinierte die Doktorandin der Universität Köln zuletzt die Termine ihres Vaters Karl Lauterbach und organisierte Wahlkampfstände in seinem Kölner Wahlkreis. Bereits seit Beginn der Flüchtlingskrise engagierte sich Rosa-Lena Lauterbach in der Flüchtlingshilfe. Im vergangenen Jahr unterstützte sie beispielsweise eine Kampagne des Vereins [„Pass\(t\) uns allen“](#), die eine „unbürokratische und kostenlose Einbürgerung für alle Menschen“ forderte, „die seit mindestens drei Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben“. Zudem forderte die Asyl-Lobbygruppe ein Wahlrecht für alle Einwanderer, die hier seit drei Jahren leben.